Deutscher Verkehrsbund

Erscheint wöchentlich / Bezugspreis: Vierteljährlich 3 Reichsmark / Die Einzelnummer —,30 Reichsmark

Zentralorgan für die Interessen der in privaten und öffentlichen Betrieben des Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbes beschäftigten Lohn- und Gehaltsempfänger

Redaktion u. Exped. Berlin SO 16 Michaelkirchpl. 1. Tel.: Moritzpl. 950, 10670. / Redaktionsschluß 8 Tage vor Erscheinen des Blattes

Nummer 40 • Berlin, den 1. Oktober 1927 • 5. Jahrgang

Die Politik auf der Drehscheibe.

Die Nationalisten aller Schattierungen sind entzückt. Ihr Heros, der schon kurze Zeit, nachdem er den Eid auf die Verfassung der schwarzrotgoldnen Republik geleistet hatte, in unzähligen Artikeln als Versager gebrandmarkt wurde, hat sich rehabilitiert. Er hat, wie das die deutschnationale Presse schon vorher angekündigt hatte, bei der Einweihung des schaurig schönen Tannenbergdenkmals eine Rede gehalten, in der er die Anklage, daß Deutschland an diesem größten aller Kriege schuld sei, zurückwies. Er hat ferner die Versicherung abgegeben, daß Deutschland mit reinen Herzen und reinen Händen in den Krieg gezogen sei und hat die Bereitwilligkeit erklärt, „dies vor unparteiischen Richtern nachzuweisen".

Daß der Weltkrieg von den Machthabern des Kaiserreichs nicht bewußt und absichtlich herbeigeführt worden ist, weiß heute alle Welt. Ebensogut ist aber auch bekannt, daß damals in unverantwortlicher Weise von allen Regierungen, hauptsächlich jedoch an den europäischen Höfen, mit dem Schicksal der Völker gespielt worden ist, bis man, um mit Tirpitz zu reden, der hier einmal die Wahrheit gesagt hat, in den Krieg „hineingeschlittert" war. Auch frühere deutsche Regierungen haben wiederholt erklärt, daß das im Artikel 231 des Versailler Vertrages festgelegte Bekenntnis von der Alleinschuld Deutschlands am Kriege von uns erpreßt worden und schon deshalb ein Unrecht sei. Den Deutschnationalen ging das nie weit genug. Sie verlangten eine Aktion, die auch die ehemaligen Kriegsgegner zu einem Widerruf des uns abgepreßten Schuldbekenntnisses veranlassen sollte. Im Auswärtigen Amt war man bisher jedoch nicht so töricht, diesem Verlangen der Deutschnationalen Rechnung zu tragen,

da eine derartige Aktion am geeignetsten erschien, die erst mühsam angeknüpften Fäden der Verständigungs- und Friedenspolitik, die allein im Kampfe gegen die Schuldlüge zu einem greifbaren Erfolg führen können, wieder zu zerreißen.

Mit dieser Tannenbergrede hat sich der alte Herr, nach einigen voraufgegangenen, schwächeren Versuchen, auf ein Gebiet begeben, das er nach seinem eigenen Eingeständnis bis zu seinem Amtsantritt absolut nicht kannte und von dem er in den zwei Jahren seines Amtierens auch nicht viel mehr kennengelernt haben kann. Die ganze Aktion beweist, daß die Deutschnationalen auf dem Wege zu ihrem Ziel, den Reichspräsidenten zu ihrem Manne zu machen, allerhand Fortschritte gemacht haben. Es ist bestimmt kein Zufall, daß die Deutschnationalen eine zeitliche und räumliche Verbindung der Tannenbergfeier und ihres Königsberger Parteitages herzustellen wußten, wie sie es auch verstehen werden, den 80. Geburtstag des Reichspräsidenten zu ihrem Parteifeste zu machen.

Fast zur gleichen Zeit jedoch, als in Tannenberg Hindenburg gegen die Kriegsschuldlüge wetterte, andere Redner sich an kriegerischen Phrasen berauschten, bemühte sich Graf Bernstorff in Genf, den Völkerbundsdelegierten die Notwendigkeit der Einberufung einer Abrüstungskonferenz noch vor der nächstjährigen Völkerbundsversammlung zu beweisen. Das geschah selbstverständlich mit Wissen und im Auftrage der deutschen Reichsregierung, deren Oberhaupt, Herr Marx, sich die Tannenbergreden anhörte, ohne auch nur mit der Wimper zu zucken. Nachdem bekannt wurde, daß die Mitglieder der Reichsregierung an den Aeußerungen des Reichspräsidenten beteiligt gewesen sind, sie also vorher gebilligt hatten, lag allerdings für Herrn Marx kein Anlaß zum Reden mehr vor. Damit bekommt aber die Sache eine etwas stärkere Bedeutung als die einer Entgleisung des Reichspräsidenten — nämlich,

daß Herr Marx sich mehr und mehr der Auffassung von den Richtlinien seiner Regierungskoalition nähert, die den Deutschnationalen von vornherein eigen war.

Welche Gefahren diese Art „Staatskunst" in sich birgt, werden diejenigen, die ernsthaft an einer Abkürzung der Besatzungsfrist und an der Befriedung Europas arbeiten, zu ihrem Leidwesen bald erfahren.

Für die nationalistische Presse des Auslands war der Tannenbergrummel natürlich ein gefundenes Fressen, während die proletarischen Blätter ihrem Bedauern Ausdruck gaben. Eine Ausnahme macht hier nur Moskau, wenn man die russische Presse als proletarische ansprechen will. Dort hat die Rede Hindenburgs größten Eindruck hervorgerufen. Es wird hervorgehoben, daß Hindenburg die populärste Person in Deutschland sei. Die Aeußerungen dieser überragenden Persönlichkeit über die Kriegsschuldfrage seien nicht nur der Sache der Gerechtigkeit, sondern der nationalen Ehre gewidmet. Eine größere Autorität, als diejenige Hindenburgs in jener Frage, sei wohl kaum denkbar. Das sieht danach aus, als wollte Moskau die Anhänger seiner deutschen Filiale ermuntern, bei der nächsten Reichspräsidentenwahl das vor zwei Jahren geglückte Manöver zu wiederholen.

Daß die deutsche Außenpolitik von dem Treiben **der schwarzweißroten Nationalisten immer wieder zu stören versucht wird, ist nichts Neues mehr.** Die Wirkung dieser Störungsversuche hat sich leider stets prompt genug gezeigt. Neu ist hingegen, daß eine Reichsregierung sich aktiv an einer solchen Störung beteiligt,

dazu noch in einem Augenblick, in dem ihr Außenminister in Genf dem Frieden, der Abrüstung und der Völkerverständigung das Wort redet.

Herr Stresemann wird seine Mühe haben, das wieder aufzubauen, was in Tannenberg eingerissen worden ist. Der Wille der deutschen Arbeiterschaft ist es aber, daß das von ihren parlamentarischen Vertretern und mit allen Kräften geförderte Friedenswerk ungestört und ehrlich durchgeführt wird. Die mit der Bürgerblockregierung gemachten Erfahrungen lehren uns, daß die gegenwärtige Regierung dazu außerstande ist. Setzen wir also alle Kraft daran, daß den Deutschnationalen die Lust zur Macht so gründlich wie möglich ausgetrieben wird. Die zahlenmäßige Stärke dieser Machtpolitiker beruht zum Teil auch auf der Tatsache, daß einige Hunderttausend irregeleitete Proletarier in vollständiger Verkennung ihrer wahren Interessen noch immer diesen Feinden der Demokratie und der friedlichen Entwicklung unserer deutschen Republick nachlaufen. Diese unsere Klassengenossen in unserem Sinne aufzuklären bedeutet gleichzeitig:

Schluß mit dem Doppelgesicht des Bürgerblocks, Stetigkeit in der Innen- und Außenpolitik.

Der sicherste Weg zur Aufklärung dieser Massen ist die Agitation für die freien Gewerkschaften. Die freie Gewerkschaft ist die Organisation, die das Klassenbewußtsein des Proletariers erweckt und ihn zur Solidarität gegenüber seinen Klassengenossen erzieht. Sie belehrt ihn über die Zusamenhänge zwischen nationaler und Weltwirtschaft und erweckt damit die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Betätigung im Staate. Der denkende Proletarier, dem seine Klassenlage zum Bewußtsein gekommen ist, läßt sich nicht mehr mit nationalistischen Phrasen einfangen und wird zum Kämpfer für die Befreiung der Arbeiterschaft aus wirtschaftlicher und politischer Unterdrückung. Deshalb, Kollegen, werbt für eure Organisation, für den

Deutschen Verkehrbund.

Aufbau, nicht Abbruch der Sozialpolitik!

Auf der Frankfurter Unternehmertagung klagte Herr Geheimrat Kastl über die zu weit gehende Sozialpolitik. Er betonte, daß die gegenwärtige Sozialbelastung der Industrie zu stark sei, und warnte vor einer weiteren Erhöhung.

Herr Kastl sagte nichts Neues. Seit Jahren bemüht sich die Industrie, nachzuweisen, daß ein Abbau der Sozialversicherung, des Tariflohnsystems usw. unbedingt erfolgen müsse. Die phantastisch hohen Zahlen, die man früher als Belastungssumme angab, sind allerdings wesentlich zusammengeschrumpft. Trotzdem dürfte die in Frankfurt als Gesamtbelastung angegebene Summe von 4½ Milliarden Mark jährlich noch ein bißchen zu hoch sein. (Objektive Fachleute schätzen sie auf 3,7 Milliarden). Dabei ist aber noch zu berücksichtigen, daß diese Summe nicht allein von den Unternehmern aufgebracht wird, sondern daß die Arbeiter einen erheblichen Teil beisteuern: Nach den Berechnungen des statistischen Büros des ADGB. werden den Arbeitern durchschnittlich 7,5 Proz. ihres Bruttolohns für Krankenversicherung, Erwerbslosenfürsorge und Invalidenversicherung abgezogen. Bei 25 Mark durchschnittlichem Wochenlohn macht das für die gesamte deutsche Arbeiterschaft jährlich 1,8 bis 2 Milliarden Mark aus. Dieser Betrag ist in der von den Unternehmern genannten Summe enthalten. Das hätte man in Frankfurt der Oeffentlichkeit gegenüber ruhig ein wenig besser betonen dürfen.

Recht ehrlich und recht deutlich war eine Bemerkung: Man müsse in der Bestimmung des Arbeitszeitnotgesetzes, die 25 Proz. Lohnzuschlag als angemessene Vergütung für Mehrarbeit vorschreibe, einen „höchst bedenklichen Versuch" sehen, auf gesetzlichem Wege den Begriff des angemessenen Lohnes festzulegen. Wahrscheinlich ist den deutschen Unternehmern das gesamte deutsche Arbeitsrecht eine höchst bedenkliche Einrichtung. Tarifvertrag und Schiedsgerichtsverfahren sind unbequem. Man möchte diese Einschränkungen der Selbstherrlichkeit der Unternehmer tunlichst beseitigen, möchte Lohn und Arbeitsbedingungen nach eigenem Ermessen bestimmen und an die Stelle des Verhandelns gleichberechtigter Parteien das (allerdings von väterlichem Wohlwollen getragene) Diktat der einen Seite und die bedingungslose Unterwerfung der anderen Seite setzen. In der Unternehmersprache heißt das Entpolitisierung der Wirtschaft und Wirtschaftsfrieden.

Der gesetzliche Schutz des Existenzminimums der Arbeiter wird als lästig empfunden. Man glaubt sparen zu können und deshalb fordert man — natürlich wirklich nur „um der Gerechtigkeit willen" — an Stelle des Tariflohns den Leistungslohn.

Die sorgfältig vorbereiteten Referate in Frankfurt waren etwas weniger offenherzig in dieser Hinsicht als die Erklärung des Berliner Metallindustriellen Borsig in der Borsig-Zeitung (der Werkszeitung seiner Betriebe):

„Die Ueberzeugung, daß der Leistungslohn die beste Entlohnungsart ist, führt notwendig zu der Forderung, daß die Spanne zwischen dem Lohn der weniger wertvollen und der hochwertigen Arbeiter möglichst groß sein soll . . . Nun ist es oft so, daß dem Unternehmer für Löhne nur ein bestimmter Fonds zur Verfügung steht. Wenn er auf der einen Seite den weniger wertvollen Arbeiter entsprechend seinen Leistungen geringer bezahlen kann, so wird er auf der anderen Seite sich leichter entschließen, den hochwertigen Arbeiter seiner Leistung nach besser zu bezahlen. Wird der Arbeitgeber aber z. B. durch einen Tarifvertrag gezwungen, auch dem weniger leistungsfähigen Arbeiter mehr zu zahlen, als diesem nach seiner Leistung eigentlich zukommt, so fehlt ihm eben dieses Geld, wenn er dem hochwertigen Arbeiter entsprechend höhere Bezahlung geben will."

Nach den Mitteilungen des Instituts für Konjunkturforschung verdienen 65 Proz. der deutschen Arbeiter unter 30 Mark wöchentlich und davon wieder weit über die Hälfte unter 18 Mark wöchentlich. Zu den letzteren gehören meist angelernte und ungelernte Arbeiter. An den Hungerlöhnen dieser — mit Herrn Borsig zu reden — „weniger wertvollen" Arbeiter wollen die Unternehmer anfangen zu sparen. Aber die Herrschaften wissen schon, daß mit diesen nochmals verringerten Löhnen kein Mensch leben und arbeiten könnte. Deshalb werden wohl die meisten Unternehmer denken wie Herr Borsig, der in seiner Zeitung erklärt, daß „unter Umständen für einen ungelernten Hilfsarbeiter eine zehn- oder vielleicht zwölfstündige Arbeitszeit angemessen wäre? Die qualifizierten Arbeiter werden dadurch zu

lödern versucht, daß man ihnen großmütig, aber sehr diplomatisch zugesteht, daß vielleicht für sie eine achtstündige Arbeitszeit angemessen sein kann.

Sehr reizvoll wäre es, zu erfahren, was man denn eigentlich unter „weniger wertvoll" und „hochwertig" zu verstehen habe. Haben sich die Unternehmer denn nicht schon durch die Rationalisierungsmaßnahmen der „weniger wertvollen" Arbeiter entledigt? Oder ist man so unpatriotisch und taktlos, von den 750 000 Kriegsbeschädigten zu sprechen, die die deutsche Industrie beschäftigt und von denen manche noch nicht die volle Leistungsfähigkeit eines Gesunden erreicht haben? Es ist ernstlich zu befürchten, daß man in den Betrieben nur einige Dekorationsexemplare von qualifizierten Arbeitern finden würde, die man des Qualitätszuschlags und der verkürzten Arbeitszeit für wert erachten würde. Und wie vereinbart sich in der Praxis die zehn- und zwölfstündige Arbeitszeit der „weniger Wertvollen" mit dem Achtstundentag der „Hochwertigen"? ... Der ganze Unternehmerplan läuft also praktisch auf Profitsteigerung der Industrie durch Lohnsenkung und Arbeitszeitverlängerung für alle Arbeiter hinaus.

Man lasse sich nicht täuschen und einlullen durch die schönen Phrasen vom ehrlichen Willen zu einer gerechten Behandlung der Arbeiterschaft, mit denen die Unternehmer ihre Proklamationen zu verbrämen pflegen! Aus den versteckten Plänen der Industriellen zur Unterwühlung der heutigen sozialpolitischen Einrichtungen spricht die ganze Brutalität des frühen Liberalismus. Wie unzureichend die heutige Entlohnung der Arbeiter und die sozialpolitischen Maßnahmen noch sind, zeigen die Lebensverhältnisse weiter Kreise der Arbeiterschaft. Ist es nicht in höchstem Grade beunruhigend, wenn die deutschen Invalidenversicherungsanstalten berichten, daß im Jahre 1925 von insgesamt 210 000 Behandelten fast 60 000 Tuberkulosekranke gewesen seien? Ist es nicht bedenklich, wenn unter 1000 Schulkindern schon 30 lungenkrank sind? Eine der Hauptursachen ist vielfach die unzureichende Ernährung ... Wie schlecht es noch um den Arbeiterschutz in den Betrieben und um die staatliche Gewerbeaufsicht bestellt ist, zeigt die ständige Zunahme der Betriebsunfälle: 1924 wurden 646 000 Unfälle in den Betrieben gemeldet, 1925 schon 863 000 und 1926 sogar rund 1 Million ... Und würde eine Arbeiterschaft, die zu gut entlohnt wird, so wohnen, wie sie heute wohnt? Ist es ein Zeichen von Wohlstand, wenn von 57 000 Offentuberkulosekranken 12 000 mit anderen Personen in einem Zimmer und 18 000 mit anderen Personen in einem Bett schlafen müssen? Liegt es nicht an den Löhnen der Familienväter, wenn nur jeder fünfte Jugendliche sein eigenes Bett hat, wenn man in Städten wie Plauen i. V. 244 Familien findet, bei denen drei Personen auf ein Bett kommen, und 18 Familien, bei denen 4 bis 5 Personen in einem Bett schlafen? Muß man wirklich erst auf die Auswirkungen dieser katastrophalen Verhältnisse hinweisen?

Es gehört eine große Frivolität dazu, angesichts dieser Tatsachen von einer Senkung der Löhne und einer Einschränkung sozialpolitischer Maßnahmen zu sprechen. Unter dem Deckmantel der Wirtschaftsfriedlichkeit und eines neupatriarchalischen Wohlwollens bekämpfen die Unternehmer das sozialpolitische Werk des Staates und der freien Gewerkschaften. Die Arbeiter müssen auf dem Posten sein, um jeden wirklichen Vorstoß gegen mühsam Erkämpftes tatkräftig zurückzuweisen. Erfassung des letzten Kollegen in den Betrieben für die Gewerkschaft ist notwendiger denn je. Nur an großen geschlossenen Arbeiterorganisationen werden die Angriffe des Unternehmertums zerschellen.

L. Sch.

Soziales Denken und soziales Handeln.

Von Franz Anton Bechtold, Volkswirt, RDB.

(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten.)

Es gibt heute wenig Menschen, die nicht sozial sein möchten. Wenigstens mit dem Munde sind fast alle sozial. Es ist im Laufe von 40 bis 50 Jahren Mode geworden, sich zu sozialen Auffassungen zu bekennen. Ist es aber damit getan? Was heißt soziales Denken? Von vornherein sei hervorgehoben, daß viele von denen, die angeben, sozial zu denken, nicht sozial handeln. Das gilt auch von vielen Zeitungen und Zeitschriften. Dem äußeren Anschein nach sind sie für angemessene Löhne, gute Arbeits- und Lebensbedingungen; in Wirklichkeit bleibt es aber nur bei den Worten. Es fehlt ihnen eben die rechte Gesinnung, das rechte Denken, und infolgedessen können sie auch nicht richtig handeln. Wie mancher trieft von Verständnis und Wohlwollen (mit dem Munde) für die aufstrebenden Angestellten und Arbeiter, aber die entsprechenden Taten folgen nicht darauf. Das Denken kostet eben nichts und die Worte ebenfalls nicht. Wer durch und durch sozial denkt, der hat auch eine soziale Gesinnung, und wer wirklich sozial gesinnt ist, der handelt auch (wo und wann er kann) sozial.

Nach meinen Beobachtungen und Erfahrungen ist der Zwiespalt zwischen dem sozialen Gerede und dem sozialen Tun meist auf ungenügendes Erfassen der sozialen Zusammenhänge zurückzuführen. Die nicht sozial Handelnden denken zu persönlich, zu eng, zu kleinlich. Sie wissen nicht oder sie verstehen nicht, daß es nicht auf das Heute, sondern auf das Morgen und Uebermorgen ankommt. Sie glauben, was heute für sie vorteilhaft ist, das müsse auch für die anderen vorteilhaft sein. Dieses Tagesdenken, wie ich es nennen möchte, bringt viel Verwirrung in die Volkswirtschaft. Für die Volkswirtschaft ist dieses kurzsichtige Denken immer nachteilig. Nur wer in langen Sichten oder auf längere Zeit hinaus denkt, wird volkswirtschaftlich zweckmäßig handeln. Volkswirtschaftliches Denken ist immer auch soziales Denken. Der Volkswirt sagt nicht, der Mensch geht mich nichts an, ich habe es nur mit der Wirtschaft zu tun, sondern er muß sagen: Der Mensch muß wirtschaften, wenn er bestehen möchte. Wirtschaften heißt aber immer: Vorsorgen für künftigen Bedarf.

Vernünftige Menschen schaffen die zum Leben und Gedeihen notwendigen Güter nicht in dem Augenblick, wo sie diese brauchen, sondern früher; sie arbeiten oder schaffen auf Vorrat. Nicht, wenn es kalt wird, fördern sie Kohlen oder fällen sie Holz, sondern im voraus berechnen sie den künftigen Bedarf, und den suchen sie dann planmäßig und zielbewußt zu decken. So ist es mit der Nahrung, der Kleidung, der Wohnung und den geistigen Bedürfnissen. Der Kulturmensch unterscheidet sich von dem unkulturellen vor allem dadurch, daß er das, was für den Lebensunterhalt zu beschaffen ist, gründlich bedenkt und auf möglichst lange Zeit hinaus versorgt. Für die Arbeitsunfähigen sorgt er mit. Den Arbeitslosen hilft er auf. Der Kulturmensch unternimmt keine Streifzüge, er macht keine Beute, er lebt nicht von der Hand in den Mund (von den Tieren, die da auflauchen, und von den Früchten, die wild wachsen), sondern er bedenkt, was für die Zukunft am zweckmäßigsten sein könnte, macht sich darauf seinen Plan und sieht sich dann nach den Mitteln um, mit denen er seinen Plan verwirklichen kann. Er sorgt im Sommer für den Winter vor und im Winter für den Sommer. Schiffe, Eisenbahnen, Luftfahrzeuge, Werkzeuge, Maschinen, Kraftanlagen, Beleuchtungs- und Nachrichtenanlagen und Wohnungen werden für viele Jahre gebaut. Die zum Leben nötigen Güter werden nicht erbeutet und bald verbraucht, sondern sie werden erarbeitet und, was sehr wichtig ist, sie werden in Gemeinschaften erarbeitet, die durch Gesetz und Recht miteinander verbunden sind. Das heißt: Keiner kann nach Herzenslust arbeiten, kaufen, verkaufen, bauen, reisen, sondern jeder muß sich an „Gesetz und Recht" halten. Der Gesetzesverletzer wird bestraft; er muß den Schaden, den er angerichtet hat, gutmachen (soweit er kann), er muß sich an die „gesetzliche Ordnung" halten. Wenn diese Ordnung nicht mehr zeitgemäß oder zweckwidrig ist, darf sie der einzelne nicht umschlagen, wie man einen Baum umschlägt. Es würde zu ganz unhaltbaren Zuständen führen, wenn jeder das ihm ungeeignet Erscheinende kurzerhand beseitigte. Es wäre der Kampf aller gegen alle, wenn jeder auf eigene Faust zu wirtschaften suchte.

Wo zwei oder mehr Menschen zusammen leben, muß es Gemeinschaftssinn und gemeinschaftliches Denken geben. Das „Soziale" beginnt, wo einer dem andern ins Gehege kommt. In diesem Sinne bedeutet es immer und überall: Einschränkung oder Beschränkung. Wem diese Einschränkung oder Beschränkung zu weit geht, der hat das Recht, Vereinbarungen vorzuschlagen, durch Besprechungen zur Verständigung zu kommen. Gesetz und Recht sind nicht für alle Zeiten, sie sind änderungsfähig. Wer etwas in den Beziehungen der Menschen untereinander anders geregelt haben möchte, kann ein neues Recht vorschlagen. Für das neu zu schaffende Recht darf er werben, Gemeinschaften dafür schaffen und mit anderen Gemeinschaften zu diesem Zweck sich verbinden. Nur mit dem Knoten und mit dem Prügel darf niemand vorgehen. Wer neues, besseres Recht, zweckmäßigere und ergiebigere Wirtschaft möchte, muß durch den Geist, durch Gedanken, durch Erkenntnisse wirken. Diese Seite des Sozialen (die aufbauende) ist sehr zu beachten. Sie ist in den Vordergrund zu rücken. Wer geben oder versorgen möchte, der muß dazu imstande sein, sachkundig, denk-, urteils- und arbeitsfähig sein. Gegeben kann immer nur da werden, wo etwas vorhanden, etwas erarbeitet, gestaltet, gebrauchs- oder genußfähig gemacht ist. In der Volkswirtschaft kommt es zuerst auf ausreichende Güterherstellung und Güterversorgung an. Aus nichts kann nichts werden und aus einem Nichts kann nicht sozial gehandelt werden. Ohne richtiges Denken kann nirgends richtig gehandelt werden, aber auf das richtige Denken muß auch die richtige Tat folgen. Auch im Sozialen muß richtig gehandelt, richtig geschafft werden. Der gute Wille ist achtenswert, aber der gute Wille allein schafft kein Brot, keine Kleidung und keine Wohnung. Sozial denken heißt also vor allem auch, das Soziale vorbereiten und es ausführen.

Manche glauben, daß es sozial sei, das Geld unter die Menschen zu bringen, etwa in dem Sinne: es irgendwo ausgeben, Gelegenheit zur Arbeit geben. Aber handelt der sozial, der sein gewonnenes oder errungenes Geld in Prachtbauten steckt, zwei, drei oder noch mehr solcher Bauten errichtet und nur allein oder mit seiner Familie sie bewohnt, während es anderen Menschen an dem allernötigsten Wohnraum fehlt? Im Jahre 1913 schrieb Dr. Ferdinand Bromberger, daß wir in vielen unserer Anschauungen wenig fortschritten, „ja, daß in gewisser Beziehung Rückschritte zu buchen sind". Der Mitmeiß Hält er einen Spiegel vor in Gestalt des Schweizer Fabrikanten Joh. Caspar Brunner. Brunner, so führte er etwa aus, habe nicht nur sozial geschrieben, sondern auch dementsprechend gehandelt. Seine Auffassung war, daß Roheit und Selbstsucht allenthalben anzutreffen seien. Dem müßte durch Erziehung, Bildung und Gesetze vorgebeugt werden. Auf den Vorwurf, daß der Arbeiter im großen und ganzen an seinem Elend selber schuld sei, erwiderte er, daß dies unrichtig sei. Immer wieder heiße es, jeder liege so, wie er sich gebettet habe, aber der Arbeiter könne sich nicht so betten, wie es zweckmäßig wäre. Man müsse ihm behilflich sein, sich besser zu betten. „Bei unseren gesellschaftlichen Einrichtungen steht der Armgeborene auch bei denselben Geistes- und Körperkräften nicht entfernt auf derselben Stufe von Freiheit und Gleichheit wie der Reichgeborene."

Vieles von dem, was um uns herum ist, erscheint vielen als natürlich. Brunner aber sagt: Viel davon ist künstlich. Aber „was auf künstliche Weise verschoben ist, das kann auch auf künstliche Weise wieder korrigiert werden". Zwar sagte so ein Praktikus, die Löhne seien noch nie so hoch gewesen wie gegenwärtig und früher seien die Arbeiter schlimmer daran gewesen. Durch Fleiß und Sparsamkeit sei dieser und jener emporgekommen. An dem Unheil der Zeit aber seien Liederlichkeit und Gottlosigkeit der Armen schuld. Wenn es früher schlechter gewesen sei als heute, so sei dies ein schlechter Trost für den hungernden Magen. Von dem wachsenden Wohlstand verlange der Arbeiter seinen Anteil. Bezeichnend an den Aeußerungen Brunners ist, in welcher natürlichen, unbefangenen Weise er seinen Kollegen (den Unternehmern) ins Gewissen redete. Daß er klar und hell sah: Viel Armut und Elend wäre nicht, wenn die Menschen besser erzogen, geschult und geübt wären, ist für die Zeit vor 60 Jahren für einen Fabrikanten sehr bemerkenswert. Er schrieb so einfach und doch inhaltsvoll: Gelänge es uns, den Menschen noch so gelehrt und noch so geschickt zu machen, es wird nicht besser werden, bis es uns gelingt, ihn selber besser zu machen; es wird nicht besser werden, bis wir alle besser sind. Denn diese Frage geht nicht etwa nur die unteren, sie geht viel mehr die oberen Schichten an. Brunner meint nichts mehr und nichts weniger: Wissen und Geschicklichkeit seien nötig, sie allein aber brächten die Menschen nicht vorwärts. Die Gesinnung der Menschen müsse besser werden. Eben, wir müßten auch sozialer denken. Manche seiner Kollegen, so führte er weiter aus, glauben vielleicht, diese Gedanken seien überspannt und nicht praktisch. Es sei sehr fraglich, wer vorteilhafter handle, der engherzige Selbstsüchtige oder der Menschenfreund. Er (Brunner) habe bei seinen Ansichten und seiner Handlungsweise sein Auskommen so gut wie die andern gefunden und es in Ruhe mit seinen Arbeitern genossen.

Fügen wir hinzu: Wer die geistigen, sittlichen und leiblichen Kräfte hebt, schafft mit ihnen auch Besseres und Vollkommeneres. Im Menschen ist ein gewisses Etwas, das Gerechtigkeit, Anregung, Pflege und Achtung verlangt: wird dieses Etwas richtig behandelt, dann wächst der ganze Mensch, die Volks- und die Weltwirtschaft. Einkommen und Auskommen werden besser. Daraus ergibt sich: Soziales Denken und soziales Handeln sind keine Gefühlsduseleien, keine weltfremden Erfindungen einiger verschrobener Köpfe, sondern auf Förderung der Menschen gerichtete Bestrebungen. Richtiges soziales Denken und Handeln stärken die Wirtschaft. Nicht einer oder der andere wird dadurch herausgehoben auf Kosten der anderen, sondern alle werden damit gefördert. Wirtschaft und Leben werden durch richtiges soziales Denken und Handeln ergiebiger und voller. Die Losung des sozialen Lebens ist nicht: Du darfst auch nicht mehr verdienen als ich, ich werde dich schon zu mir herunterziehen, sondern sie lautet: Du, der du geistig oder körperlich mehr vermagst, zeige mir Wege und Mittel, wie ich zu dir hinankomme. Der Sinn des sozialen Denkens ist nicht Druck, sondern Hebung, immer: Hebung des geistigen, sittlichen und körperlichen Menschen im ganzen und im gesamten.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Stoffe und Kräfte der Welt in Zukunft viel sorgfältiger und zweckmäßiger als früher benutzt und ausgewertet werden. Das bedeutet: Zunahme der Möglichkeiten besserer Versorgung mit den zum Leben nötigen, nützlichen und angenehmen Gütern. Diese Entwicklung mechanisiert und maschinisiert die Güterherstellung in einem früher nie geahnten Ausmaße. Manche wenden sich aus innerer Abneigung gegen das Mechanische und Maschinelle, andere erblicken darin eine Verkümmerung des menschlichen Geistes und Körpers, andere preisen die Entwicklung als eine Befreiung des Menschen von den Gewalten der Natur. Die mehr in sich gerichteten, überzarten und überempfindlichen Menschen müssen das neuzeitliche wirtschaftliche Treiben mit getrübten Augen ansehen. Vieles ist wirklich nicht schön, vieles ist nicht zweckmäßig. Aber wer sagt denn, daß dies so sein muß oder so sein soll? Fast möchte ich sagen: Wer sich in sein Schicksal ergibt, kommt darin um. Halten wir es lieber mit dem Dichter: „Und dräut der Winter noch so sehr mit trotzigen Gebärden, es muß doch Frühling werden". Zur Herbeiführung des Frühlings, der hier gemeint ist, können wir allerdings nichts tun, er kommt naturgemäß; zu dem aber, den wir erhoffen, können wir sehr viel tun: Wir können ihn schaffen.

Die Technik hat den Menschen zwar noch nicht von den Gewalten der Natur befreit (von ihren Gefahren, ihrer Unbill), aber sie kann so gerichtet werden, daß sie die Gewalten aufhält und sie mehr und mehr nutzt. Die Technik muß, im wahrsten Sinne des Wortes, „Dienerin der Menschheit" werden, sie muß ihr das Leben im gesamten reicher machen. Das kann sie. Also nicht so einfach: Technik, sondern auf die Erfüllung der sozialen Aufgaben gerichtete Technik! Die vollkommensten, leistungsfähigsten und ergiebigsten Werkanlagen, Maschinen, Geräte, Arbeitsverfahren, Verkehrseinrichtungen, das durchgebildeiste Ein- und Verkaufswesen muß erstrebt werden. Dazu müssen „alle Mann an Bord": die Lehrer und Erzieher und die gelehrt und erzogen werden sollen, die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer, die Selbständigen und Unselbständigen, die Wissenschafter, Rechtskundigen, die Techniker und Künstler.

Soziales Denken ist ja Denken in Gesamtheiten, in Gesamtzusammenhängen, nicht in engstirniger, persönlicher Weise. Einer muß dem andern vordenken, einer dem andern nachdenken und aus diesem ineinander übergehenden Denken muß ein Zusammenarbeiten werden, wo einer dem andern vorarbeitet und einer dem andern in die Hand arbeitet. Das ist soziales Denken und Handeln und daraus entsteht Volkswohlstand.

Dreißig Jahre Ortsverwaltung Dresden.

Am 12. September beging die Ortsverwaltung Dresden den Tag des dreißigjährigen Bestehens durch eine schlichte, aber würdige Gründungsfeier im großen Volkshaussaale, der, im festlichen Herbstblumenschmuck dekoriert, bis auf den letzten Platz besetzt war.

Da einige Tage vorher auch das Dresdner Volkshaus, in dem sich unsere Büroräume befinden, sein 30jähriges Bestehen gefeiert hatte, waren sämtliche dem Dresdner Volkshaus gehörenden Gebäude festlich geschmückt. Auch wir hatten das Unsrige dazu getan.

Ein prachtvolles Bild boten die im Nebensaale aufgestellten Blumenspenden der befreundeten Gewerkschaften. Punkt 8 Uhr abends wurde die Feier mit der „Egmont-Ouvertüre" von Beethoven durch das 40 Mann starke Dresdner Tonkünstler-Orchester, unter der Leitung seines Kapellmeisters R. Förster, eröffnet. Etwa 100 Sänger

des Dresdner Volksmännerchors brachten alsdann einige alte Volkslieder unter der Leitung des Kapellmeisters A. Stark zu Gehör. Mit starkem Beifall begrüßt, betrat im Anschluß an die ausgezeichneten Leistungen der Sängerschar die Kammersängerin Charlotte Viereck-Kimpel die Bühne und sang, von Karl Schmidtgen am Flügel meisterhaft begleitet, die Ballade der Senta aus der Oper „Der fliegende Holländer" von Richard Wagner und eine Arie aus der Oper „Oberon" von C. M. von Weber. Hierauf bestieg unser Bundesvorsitzender, der Kollege Oswald Schumann, Berlin, das im Blumenschmuck prangende Rednerpult und führte in seiner Festrede etwa folgendes aus:

„An der heutigen Jubelfeier nehmen wir alle innigsten Anteil und gedenken vor allem der Männer, die die Ortsverwaltung Dresden gegründet haben. Am 5. Juli waren 35 Jahre verflossen, seit die Gründung ins Auge gefaßt war. Aber erst im Spätsommer des Jahres 1897 fand der Plan seine Verwirklichung. Mit Genugtuung kann festgestellt werden, daß die Arbeit erfolgreich war; damit sind die Männer, die sich die Arbeit aufgebürdet haben, am besten entschädigt worden.

Im Jahre 1897 zählte der Bund 3474 Mitglieder; 1910 erfolgte die Vereinigung mit dem Transportarbeiterverband und der Gewerkschaft der Seeleute; die Mitgliederzahl schnellte auf 153 000 Mitglieder an, 1913 zählte der Bund 230 000 und 1927 335 000 Mitglieder.

Gegenwärtig schweben Verhandlungen, die bezwecken, den Verkehrsbund mit dem Einheitsverband der Eisenbahner und der Gewerkschaft der Gemeinde- und Staatsarbeiter zusammenzuschließen.

Diese Vereinigung dürfte dann wohl an der Spitze aller Gewerkschaften stehen. Johann Jacobi sagte: „Die Gründung auch des kleinsten Arbeiterverbandes ist mehr wert, als der Sieg in der Schlacht von Sadowa." Endgültig sind die Zeiten der Unternehmerwillkür vorüber. Das Arbeitsverhältnis ist auf der ganzen Linie tariflich geregelt.

Solch großer Aufschwung läßt für die Jungen kaum mehr den Vorstellungen Raum, wie schwer die Alten ihrer Zeit ringen mußten, um die Abschaffung der alten Zustände anzubahnen. Sonntags- und Ueberarbeit bei schlechtestem Lohn war die Regel bei den Transportarbeitern; die elenden Unterkunftsräume der „in häuslicher Gemeinschaft" mit den Unternehmern Lebenden spotteten aller Beschreibung. Schikanen aller Art, auch von seiten der Behörden, Hunderte von opfervollen Kämpfen mußten durchgefochten werden. Aber sie förderten doch ein Ergebnis ersten Ranges zutage: Die Erhebung dahinvegetierender Arbeitstiere zu denkenden Menschen, — trotz entgegenstehender Staatsgewalt, Unternehmerwillkür und Unverstand vieler Kollegen. Doch die Selbstaufopferung vieler, die jetzt nicht mehr unter uns weilen, hat es geschafft. Freilich gibt es immer noch viele Indifferente, aber eben die gilt es noch zu gewinnen, damit endlich die letzte Stufe des Fortschritts, der eben allein von der Arbeiterklasse selbst abhängig ist, erreicht werde; der Ausbau der Sozialpolitik und dadurch endlich die Befreiung der Arbeiter aus der kapitalistischen Lohnknechtschaft. Der Dank der Jungen an die Alten für ihre Treue und ihre Mühen kann aber nur darin bestehen, ihre vorbildliche Arbeit weiterzuführen, sie gar zu übertreffen. — Reicher Beifall lohnte diese Ausführungen, nach deren Beendigung die Jungen den Alten als besonderen Dank einen großen Blumenstrauß überreichten.

Den Abschluß der Feier bildete die vom Orchester gespielte „Jubel-Ouvertüre" von C. M. von Weber, an deren Schluß die „Internationale" vom Kapellmeister Förster hineingearbeitet war.

Das Unternehmertum und die gewerkschaftliche Bildungsarbeit.

Seit längerer Zeit ist es öffentlich bekannt, daß die Unternehmer sich sehr stark um die wirtschaftliche Erziehung der Arbeiterschaft bemühen. Auf der großen Unternehmerparade, der Jahrestagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie in Frankfurt a. M. am 2. und 3. September wurde von mehreren maßgebenden Unternehmerführern, in der Hauptsache von dem geschäftsführenden Präsidialmitglied des Reichsverbandes, Herrn Geheimrat Kastl, unter der Fiktion, daß die Gewerkschaften wirtschaftsfeindlich eingestellt seien, die Forderung erhoben, die Arbeiterschaft müsse wirtschaftlich denken lernen.

Diese Forderung ist nicht neu, in Frankfurt wurde sie lediglich bekräftigt. Wie immer, ist die Industrie sehr schnell darangegangen, auch dieser ihrer alten Forderung eine handgreifliche Form zu geben. Seit 1925 besteht in Düsseldorf das Deutsche Institut für technische Arbeitsschulung (Dinta), das, aufgezogen und finanziert von den Verbänden der Schwerindustrie, die ausschließliche Aufgabe hat, eine große Zahl erstklassig veranlagter junger Ingenieure pädagogisch aufs gründlichste auszubilden und mit den modernsten Erziehungsgrundsätzen vertraut zu machen. Diese Ingenieure werden, wie es durch die Gewerkschaftspresse bereits des öfteren geschildert wurde, den verschiedensten Industriezweigen zur Verfügung gestellt. Ihre Aufgabe besteht darin, im Rahmen industrieller Großbetriebe oder auf der Basis genossenschaftlich zusammengeschlossener kleinerer oder Mittelbetriebe ein großzügiges werksgemeinschaftliches und wirtschaftsfriedliches System von Wohlfahrts- und Erziehungseinrichtungen durchzuführen. Es werden neben Lehrlingswerkstätten- und Werksjugendpflegeeinrichtungen Haushaltungsschulen für die Frauen und Töchter der männlichen Werksangehörigen und für die weiblichen Werksangehörigen geschaffen, die mit Kleinkinderbewahranstalten und Säuglingskrippen verbunden sind. 57 Werkszeitungen werden zurzeit im Dinta zentral redigiert und an die einzelnen Werke abgegeben, Invaliden- und Alterswerkstätten beschließen einen Kranz von Einrichtungen, der, wie es der Leiter des Dinta, Ingenieur Arnold, einmal ausdrückte, den Arbeiter von der Wiege bis zum Grabe durch das Unternehmen erfassen lassen will.

Auf der großen Industriellen-Tagung hat, wie bereits angedeutet, Geheimrat Kastl längere Ausführungen über das Verhältnis zwischen Dinta und Gewerkschaften gemacht und nachzuweisen sich bemüht, daß die Arbeit des Dinta keineswegs gewerkschaftsfeindlich sei. Viele Veröffentlichungen der Gewerkschaftspresse, neuerdings auch eine ausführliche Schrift*), haben aber beweiskräftiges Material der gegenteiligen Auffassung beigebracht. Das Dinta ist eine für die Unternehmer im Sinne einer reaktionären Werkspolitik tätige Institution, das mit seinen Werkszeitungen Hunderttausende von großindustriellen Arbeitern zu beeinflussen versucht und zurzeit annähernd 4000 Lehrlinge und eine noch viel größere Zahl jugendlicher Arbeiter in seinen Lehrlings- und Anlern-Werkstätten betreut und unter seine werksgemeinschaftlichen Fittiche nimmt.

Wenn die Industrie die Forderung nach Verbreitung wirtschaftlicher Kenntnisse unter der Arbeiterschaft erhoben hat, so tut sie dies im Hinblick auf die Bestrebungen des Dinta. In Wirklichkeit kann es ihr ja gar nicht daran liegen, voraussetzungslos für die von ihr erhobene Forderung einzustehen. Wirtschaftliches Wissen und wirtschaftliche Einsicht muß, wenn sie nicht von vornherein in einem ganz bestimmten, dem Unternehmertum förderlichen Sinne verbreitet, sondern im Sinne einer unabhängigen Wirtschaftswissenschaft betrieben wird, zur wirtschaftlichen Urteilsfähigkeit führen. Wirtschaftliche Urteilsfähigkeit weiter Arbeitnehmerkreise würde aber zugleich wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Stellungnahme der Arbeiterschaft bedeuten. Diese Schlußfolgerungen können die Unternehmer ebensogut ziehen wie wir, daß sie es nicht tun, beweist, daß ihnen wohl an einer wirtschaftlichen werksgemeinschaftlichen Beeinflussung der Arbeiter liegt, nicht aber an wirklicher wirtschaftlicher Bildung.

Die neuen Bestrebungen des Unternehmertums sind zweifellos eine Gefahr für die Gewerkschaften. Sie nähern sich besonders den Kreisen der unorganisierten Arbeiterschaft, umhüllt mit einem Mantel sozialpolitischer Färbung und unter dem Vorgeben, dem Arbeiternachwuchs gute Berufsausbildung zu vermitteln. Mag auch der organisierte Arbeiter diesen Sirenenklängen kritisch gegenüberstehen, ein großer Teil der Unorganisierten aber dürfte leicht darauf hineinfallen. Die Gewerkschaften haben alle Veranlassung, die neuen Pläne des Unternehmertums genügend deutlich anzuprangern und die Arbeiterschaft darauf hinzuweisen, daß die neuen „Arbeiterbildungs"-Bestrebungen der Unternehmer hinter einer sozialen Maske ein arbeiterfeindliches und reaktionäres Gesicht tragen.

Die Anprangerung allein aber dürfte zur Abwehr dieser Bestrebungen nicht ausreichen. Stärker als bisher müssen die Gewerkschaften ihre eigenen Bildungseinrichtungen fördern, um durch eigene Kurse und Lehrgänge wirkliche wirtschaftliche und sozialpolitische Erkenntnisse in der Masse der Arbeiterschaft zu verbreiten. Die engeren Aufgaben der gewerkschaftlichen Bildungsinstitute werden darin bestehen müssen, die Gewerkschaftsfunktionäre und einen Teil stärker interessierter und geistig qualifizierter Gewerkschaftsmitglieder so auszubilden, daß sie imstande sind, ihre Kollegen in der Werkstatt über die wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen und über die wirtschaftlichen und politischen Bedingungen des Gewerkschaftskampfes im besonderen aufzuklären, als Agitatoren zu wirken und darüber hinaus auch imstande zu sein, alle die gewerkschaftlichen, arbeitsrechtlichen und wirtschaftlichen Funktionen auszuführen, zu denen der tätige Gewerkschafter heute berufen ist.

Veranlassung zu diesem Artikel gibt uns das neuerschienene Unterrichtsverzeichnis der Berliner Gewerkschaftsschule, die in Berlin seit 1919 die Bildungsarbeit unter den Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären betreibt. Die Gewerkschaftsschule ist eine Einrichtung der beiden Berliner gewerkschaftlichen Spitzenkörperschaften, des Ortsausschusses Berlin des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Ortskartells Berlin des Allgemeinen freien Angestelltenbundes. Sie erfaßt jährlich die stattliche Zahl von 3500 bis 4000 Kursusteilnehmern. In diesem Jahre läßt die Schule wieder eine Reihe von zweijährigen systematischen Unterrichtskursen auf dem Gebiete des Arbeitsrechts, der Volkswirtschaft, der Betriebslehre und der Sozialpolitik beginnen. Es wäre erfreulich und zweckmäßig, wenn die Berliner Kollegenschaft unseres Verbandes sich in möglichst großer Zahl an den Lehrgängen der Schule beteiligen würde. Die Unterrichtsverzeichnisse und Hörerkarten für die Teilnahme an den Kursen könne bei jeder gewerkschaftlichen Ortsverwaltung in Berlin in Empfang genommen werden. Die Schule selbst hält Montags und Freitags von 4 bis 7 Uhr Lehrberatungs-Sprechstunden ab, in der unsere Kollegen von fachmännischer Seite über Beginn und Weiterführung ihrer Studien beraten werden können.

Der Hering als Nahrungsmittel.

Der Hering ist nicht bloß ein sehr wohlschmeckender Fisch, gleichwohl in welcher Form der Zubereitung er uns geboten wird, sondern auch ein sehr gesundes, nahrhaftes und vitaminreiches Erzeugnis unserer Seefischerei. Wenn er trotzdem bei der großen Masse der Bevölkerung noch immer nicht die Beachtung und Würdigung findet, die er verdient, so liegt das zum großen Teil daran, daß er so häufig und massenhaft auftritt. Wäre er so selten wie der Lachs, so würde er vielleicht mehr geschätzt werden.

Aber ist das ein Grund? Im Gegenteil, die gegenwärtige Hauptfangzeit des deutschen Herings sollte jeden Freund eines leichtverdaulichen und nahrhaften Fischgerichts veranlassen, seine Fischmahlzeiten zu vielfachen, und den Hering nicht bloß als frisch gebratenen Fisch, sondern auch als Räucherfisch (Bückling) oder als Marinade auf seinen Tisch zu bringen.

Der Hering wird gerade in der gegenwärtigen Jahreszeit nicht bloß als sehr billige Ware, sondern auch in vorzüglicher Beschaffenheit auf den Markt gebracht; der größte Teil unserer Fischdampferflotte ist im westlichen Teil der Nordsee tätig, um den Hering mit dem Grundschleppnetz zu fangen, und in unseren großen Fischereihäfen an der Nordseeküste werden täglich viele Dampferladungen von Heringen gelöscht.

Wer Heringe itzt — in jeglicher Form der Zubereitung —, erweist nicht nur sich und seiner Familie einen Dienst, sondern unterstützt auch das große deutsche Fischgewerbe in seinem Bemühen, uns vom Auslande soweit als möglich unabhängig zu machen.

*) Fritz Fricke: Sie suchen die Seele! II. vermehrte Auflage. Verlagsgesellschaft des ADGB. Berlin S 14.

Aus unserem Berufe

Hafenarbeiter.

Hafenkontrolleure in Danzig.

Mit der Einführung der Schichtenarbeit für Massengüter im Danziger Hafen traten bei uns dieselben Mißstände zutage, die auch in anderen Hafenstädten bei der Schichtenarbeit beobachtet wurden.

Trotzdem der Tarifvertrag ein Verbot enthält, daß Vorarbeiter und Arbeiter bei der Schichtenarbeit innerhalb 24 Stunden länger als eine Schicht beschäftigt werden dürfen, wird dieses Verbot von den Unternehmern ständig übertreten.

Leider gibt es auch unter unseren Kollegen eine ganze Anzahl, die direkt vom Unternehmer verlangen, daß sie innerhalb 48 Stunden mindestens für drei Schichten angenommen werden.

In Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit, mit der wir in Danzig zu rechnen haben, konnte die Organisation nicht weiter der Entwicklung der Dinge zuschauen und mußte gegen die eingerissenen Mißstände und zum Teil gegen den Willen einiger kurzsichtiger Hafenarbeiter Front machen.

Es gelang, den Senat der Freien Stadt Danzig davon zu überzeugen, daß im Interesse der Heranbildung der Zahl der Erwerbslosen gegen diesen Mißstand eingeschritten werden müßte, mit dem Ergebnis, daß der Senat sich bereit erklärte, zwei Hafenkontrolleure einzustellen.

Sämtliche Mißstände wurden der Gewerbeaufsicht gemeldet, die sich wiederum auf Drängen der Organisation entschließen mußte, Strafanzeigen gegen die gegen den Tarifvertrag verstoßenden Firmen zu erstatten. Etwa 200 Strafanzeigen beschäftigen zurzeit die Danziger Gerichte.

Die Firmen verstanden es, die Verantwortlichkeit für die Nichteinhaltung des gesetzlichen Achtstundentags den Vorarbeitern aufzubürden, so daß diese nunmehr vom Gericht zur Rechenschaft gezogen werden.

So hat sich die Tätigkeit der Hafenkontrolleure zum Wohle der Kollegen ausgewirkt, und hoffen wir, daß es der gemeinsamen Arbeit der Organisationsleitung und der Hafenkontrolleure gelingen wird, die eingerissenen Mißstände restlos zu beseitigen.

Es sind Bestrebungen im Gange, die Hafenkontrolleute mit weiteren Vollmachten auszustatten, damit sie ihre Tätigkeit auch auf die Unfallverhütung ausdehnen können und eine Einschränkung der vielen Betriebsunfälle, die zum großen Teil auf das Akkordsystem bei der Arbeit zurückzuführen ist, durch ihre Tätigkeit erreichen.

* * *

Daß die neue Maßnahme ihre Wirkung nicht verfehlt hat, zeigt folgender uns übermittelter Bericht:

Doppelschichten werden bestraft.

Im Hafen wird oft von den Hafenarbeitern in drei Arbeitsschichten gearbeitet, und zwar von morgens 6 Uhr bis nachmittags 2 Uhr, von da bis 10 Uhr abends und dann bis morgens 6 Uhr. Jeder Arbeiter hält dabei den Achtstundentag ein. Es kommt nun aber vor, daß in drei Arbeitsschichten nur zwei Arbeiter beschäftigt werden, indem ein Arbeiter am Tage zwei Arbeitsschichten leistet, also 16 Stunden arbeitet. Er überschlägt dann je eine Arbeitsschicht und arbeitet von 6 bis 2 Uhr, dann von 10 bis 6 Uhr, dann von 2 bis 10 Uhr usw. Solch ein Fall kam zur Anzeige und vor dem Einzelrichter zur Verhandlung.

Angeklagt war der Expedient einer Expeditionsfirma. Die Anklage ging dahin, daß er gestattete, daß der Achtstundentag überschritten wurde. Der Angeklagte und sein Verteidiger vertraten den Standpunkt, daß sie mit ihren ständigen Hafenarbeitern die Arbeiten nicht leisten könnten, wenn nicht ein Arbeiter täglich zwei Arbeitsschichten übernähme. Man hatte dafür sogar einen Sachverständigen beigebracht. Amtsanwalt und Richter waren aber der Ansicht, daß sie zur Beurteilung dieser Frage keinen Sachverständigen brauchten.

Der Standpunkt des Amtsanwalts und des Richters war folgender: Es ist nicht zulässig, daß ein Arbeiter täglich 16 Stunden arbeitet. Es ist auch nicht richtig, daß der Betrieb unmöglich wäre, wenn jeder Hafenarbeiter täglich nur eine Schicht machte, weil reichlich Arbeitslose vorhanden sind, die die dritte Schicht des Tages übernehmen würden. Das öffentliche Interesse erfordert, diese Arbeitslosen möglichst in Arbeitende zu verwandeln. Der Angeklagte hat sich also strafbar gemacht. Da es sich hier aber um eine allgemeine und grundsätzliche Entscheidung von öffentlichem Interesse handelt, so bedeutet sie zunächst nur eine Warnung für die Zukunft. Aus diesem Grunde wurde die Strafe nur auf 20 Gulden bemessen.

Die Hafenarbeiter haben nun dafür zu sorgen, daß das Urteil allgemeine Beachtung findet.

Der Bundesbeitrag für die

41. Woche

(2. bis 8. Oktober 1927) ist fällig.

Die Anhänger und Nachläufer des Besitzbürgerblocks sammeln zu einer Hindenburgspende, mit der sie die Opfer des Völkermordens ihr Elend für ein paar Stunden oder Tage vergessen machen wollen.

Unsere Bundesmitglieder zahlen pünktlich ihren Bundesbeitrag, um sich von vornherein vor der Verelendung zu schützen.

Hamm. In dem Betrieb der Münsterischen Schiffahrts- und Lagerungs-Gesellschaft in Hamm werden durchschnittlich 50 Arbeiter beschäftigt, zu Zeiten der Hochkonjunktur etwa 80. Schon seit langem war es das Bestreben der Verbandsleitung des Deutschen Verkehrsbundes, die Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Leider hatten sie das notwendige Verständnis hierfür nicht, bis ihnen die Verwaltung der Münsterischen Schiffahrts- und Lagerungs-Gesellschaft einen Anschauungsunterricht über den Wert der freigewerkschaftlichen Organisation gegeben hatte, an den die Kollegen noch lange denken werden. Eine von der Verwaltung des Gaues 13 des DVB. zum 18. 9. 27 einberufene Versammlung der Hafenarbeiter befaßte sich mit den unhaltbaren Zuständen am Hafen. Nach den recht lebhaften Klagen der Kollegen scheint die Direktion die Arbeiter als Spielzeug zu betrachten, lediglich bestimmt, recht hohe Profite für den Betrieb zu erarbeiten. Zu diesem Zweck hat sich die Verwaltung ein ausgezeichnetes Antreibersystem ausgeklügelt. Wahl- und regellos werden die Kollegen entlassen und keiner bringt den Mut auf, sich dagegen zu wehren. Keiner weiß, wenn er des Morgens anfängt zu arbeiten, ob er des Mittags nicht schon draußen liegt. Das Antreibersystem steht wohl nirgend so in Blüte wie gerade bei der Münsterischen. Einzelne Meister laufen wie die Jagdhunde durch den Betrieb, bis sie wieder einen Arbeiter zur Strecke gebracht haben. Ganz besonders tut sich hierbei der Meister Schurich hervor. Dieser Mann, mit dem die Hafenarbeiter in Dortmund nicht mehr zusammen arbeiten wollten, schien der Verwaltung besonders geeignet zu sein. Hoffentlich scheut sie auch keine Kosten und gibt diesem Meister mal das Büchlein: „Knigges Umgang mit Menschen" in die Hände, denn notwendig hat er es sehr. Vielleicht hilft es doch noch. Der Direktor selbst darf natürlich auch nicht fehlen. Ueberall wo es gilt, die Arbeiter an die Arbeit zu treiben, wie das früher bei Sklaven üblich war, ist dieser Herr dabei. Dieser Herr scheut selbst davor nicht zurück, Personen, die mit dem Betrieb nichts zu tun haben, wie Schiffer und Fuhrleute, anzuschnauzen, daß sie nicht wissen, wie ihnen geschieht. Wer nicht den Anweisungen der Vorgesetzten, und mögen es die tollsten und unsinnigsten sein, blindlings folgt, für den ist es ohne Gnade und Erbarmen sicher, daß er draußen steht. Mag er zugrunde gehen oder sich wie immer auch durchs Leben schlagen, die Hauptsache ist, der dreimal heilige Profit ist gerettet. Um die Zustände hier besser zu charakterisieren, sei folgendes angeführt:

Seit längerer Zeit wurde hier stets Sonntags gearbeitet. Vor etwa drei Wochen ist darin eine Aenderung eingetreten, und zwar dahingehend, daß die Nachtschicht am Samstag abend bis 12 Uhr arbeitet und die nächste Nachtschicht ihre Arbeit in der Nacht vom Sonntag zum Montag um 0 Uhr beginnt. Einige Arbeiter hatten sich gegen diese Regelung gewandt. Statt 0 Uhr nachts erschienen sie erst Montag morgen um 6 Uhr. Man gab ihnen da zu verstehen, daß sie nicht anfangen könnten, solange die Direktion nicht da sei. Die Direktoren kamen und ihre Order war: Die Leute werden entlassen. Die Entlassung wurde ohne Anhörung des Betriebsrates ausgesprochen. Die Arbeiter holten sich ihre Fleppen und das Geld. Da der Betriebsrat erst um 8 Uhr kam, versuchten sie selbst mit dem Direktor zu verhandeln. Diese Verhandlung kam aber nicht zustande, weil der Direktor Besuch hatte. Inzwischen traf der Betriebsrat ein und erklärte dem Direktor, daß die Arbeitszeit ohne Einvernehmen mit den Betriebsräten eingeführt worden sei. Die Leute wären deshalb nicht verpflichtet, dieselbe einzuhalten, und die Entlassung bestehe zu Unrecht. Die Herren Antreiber erklärten kategorisch, daß für sie der Fall erledigt sei, wenn die Leute was wollen, dann sollen sie ruhig den Klageweg beschreiten. Die Aufforderung konnte sich der Direktor ruhig ersparen, die Kollegen wissen selbst, was sie zu tun haben. Die Entlassung wurde also aufrechterhalten. Ueber das Ergebnis der Klage werden wir noch berichten. Das ist aber nicht das einzige, was bei dieser Gesellschaft zu bemängeln ist. Da ist z. B. der Umkleideraum (die Mannschaftsbude), die ganze Belegschaft haust in 2 Buden. Eine Holzbaracke, 6 mal 4 Meter, und ein massiver Raum, 8 mal 4 Meter groß. Spinden sind nur für einen Teil der Belegschaft vorhanden und selbst in den wenigen müssen je 2—3 Mann ihr Zeug unterbringen. Die übrigen müssen ihr Zeug einfach an die Wand hängen. Für gestohlene Sachen kommt die Verwaltung nicht auf.

Die Räume selbst gleichen einem Saustall, Wanzen und Flöhe sind ständige Hausgenossen.

Bei Regenwetter müssen die Kollegen stehend essen. Die Waschgelegenheit spottet jeder Beschreibung. Elf Waschbecken für 40 bis 50 Arbeiter, eventuell auch 80 bis 100. Spucknäpfe und Aborte sind oft sauberer als diese Waschbecken. Zwei derselben befinden sich tatsächlich auf einem Abort. Da einzelne Kollegen nicht stundenlang warten wollen, müssen sie sich wohl oder übel in den Spucknäpfen auf dem Lotus waschen. Hier gäbe es Arbeit für die Gesundheitspolizei.

Für heute mag es mit vorstehendem genug sein. Die ganze Versammlung war ein einziger Notschrei gegen die skandalöse und unmenschliche Willkürherrschaft bei der Münsterischen Schiffahrts- und Lagerungsgesellschaft. Es war ein Aufbäumen gegen das Stück Mittelalter, das man bei der Münsterischen noch in die heutige Zeit hinüber gerettet hat. Mit aller Deutlichkeit wurde den Kollegen Hafenarbeitern von dem Vertreter der Organisation, dem Kollegen Büchter, zu Gemüte geführt, daß, wenn sie aus dem Elend heraus wollten, sie sich ihrer Berufsorganisation, dem Deutschen Verkehrsbund anzuschließen hätten. So wie es bisher gewesen sei, könne es unter keinen Umständen weitergehen. Es ist ja erfreulicherweise zu verzeichnen, daß ein großer Teil der Kollegen den Weg zur Organisation durch den praktischen Anschauungsunterricht des Unternehmens gefunden hat. Der Verkehrsbund wurde beauftragt, die skandalösen Zustände zur Kenntnis der in Frage kommenden Behörden zu bringen. Dem kommen wir gerne nach. Für die Kollegen erwächst aber die Pflicht und dies als Ruf und Mahnung an alle Kollegen:

Werbt und agitiert für eure Berufsorganisation, schließt euch restlos dem Deutschen Verkehrsbund an, damit wir geschlossen und einheitlich gegen die rückständigen Herrenmenschen den Kampf aufnehmen und durchführen können.

Schiffsverkehr in Hamburg, Antwerpen, auf dem Nieuwen Waterweg und in Rotterdam. Eine vergleichsweise Zusammenstellung der Verkehrsziffern in Hamburg, Antwerpen, auf dem Nieuwen Waterweg und in Rotterdam für die ersten acht Monate der Jahre 1926 und 1927 zeigt folgendes Bild:

	Hamburg		Antwerpen	
	Schiffe	Netto-Reg.-To.	Schiffe	Netto-Reg.-To.
1927 . .	10 619	12 741 630	7617	13 225 852
1926 . .	9 515	11 470 622	7276	12 496 079
Unterschied	+ 1 104	+ 1 271 008	+ 341	+ 729 773

	Nieuwe Waterweg		Rotterdam	
	Schiffe	Netto-Reg.-To.	Schiffe	Netto-Reg.-To.
1927 . .	10 743	16 976 818	8836	14 241 118
1926 . .	12 544	18 430 995	8958	13 558 542
Unterschied	— 1 801	— 1 454 177	— 122	— 682 576

Die amtlichen belgischen Angaben sind in die allgemein üblichen Netto-Reg.-Tonne umgerechnet worden, um eine richtige Uebersicht zu geben.

Transportarbeiter.

Ein bemerkenswertes Urteil fällte kürzlich das Arbeitsgericht Hamburg.

Der Vorarbeiter Walter Schiemann war von der Firma H. Schütt fristlos entlassen worden, weil er sich geweigert hatte, eine zehnte Arbeitsstunde zu leisten. Schiemann war Mitglied der Betriebsvertretung, die wegen der Entlassung nicht befragt wurde. Außerdem soll der Entlassene auch auf seine Arbeitskollegen in dem Sinne eingewirkt haben, daß auch sie die Leistung einer zehnten Arbeitsstunde ablehnten. Sch. verklagte daraufhin den Unternehmer beim Arbeitsgericht auf Weiterzahlung seines Lohnes für die Zeit von fünf Wochen, während welcher er arbeitslos war.

Die Beklagte beantragt Abweisung der Klage. Die fristlose Entlassung des Klägers sei berechtigt, da dieser sich zur Leistung der zehnten Arbeitsstunde beharrlich geweigert habe. Auf Grund des Einzelarbeitsvertrages, des Tarifvertrages und der Arbeitszeitverordnung sei aber der Kläger zu dieser Mehrarbeit verpflichtet gewesen. Ueberdies habe der Kläger versucht, seine Mitarbeiter von der Leistung der zehnten Arbeitsstunde abzuhalten und diese auch aufgefordert, ihre Arbeitsleistung zu verringern.

In dem Tarifvertrage, auf den die beklagte Firma sich hier berief, heißt es unter Ziffer 1: „Die Arbeitszeit ist die gesetzliche (Arbeitszeitgesetz vom 21. Dezember 1923). Bei Mehrarbeit aus wirtschaftlichen Gründen sind die Arbeitnehmer verpflichtet, auf Anordnung des Arbeitgebers nach Rücksprache mit der gesetzlichen Betriebsvertretung die Arbeitszeit bis auf 54 Stunden auszudehnen". Hieraus zog die Firma den Schluß, daß sie berechtigt sei, die Arbeitszeit bis zur gesetzlichen Höchstleistung ausdehnen zu können. Das Gericht hat sich jedoch dieser Auffassung nicht angeschlossen und folgendes Urteil gefällt:

„1. Beklagte wird verurteilt, dem Kläger am 12. August 1927 16,68 RM. (sechzehn Reichsmark 68 Pfennig), am 19. August 1927, 26. August 1927, 2. September 1927 und 9. September 1927 je 47,50 RM. (siebenundvierzig Reichsmark 50 Pfennig) zu zahlen. Der Antrag auf Erteilung eines anderen Zeugnisses wird abgelehnt.

Die Widerklage wird abgewiesen. Der Antrag auf Ausschließung der vorläufigen Vollstreckbarkeit dieses Urteils wird abgelehnt.

Die Beklagte hat die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.

Der Wert des Streitgegenstandes wird auf 1400 RM. festgesetzt. Durch Beschluß:

2. Der Antrag auf Ersetzung der Zustimmung der Kündigung gemäß § 97 BRG. wird abgelehnt."

In den Entscheidungsgründen wird unter anderem ausgeführt:

Somit verbleibt allein die Tatsache, daß der Kläger seine Mitarbeiter aufgefordert hat, die Leistung der zehnten Arbeitsstunde zu unterlassen. Dieses Verhalten berechtigt jedoch nicht zu einer fristlosen Entlassung. § 123 Z. 7 G. O. gibt nur dann ein Recht zur fristlosen Entlassung, wenn die Handlung, zu der der Arbeitnehmer seine Mitarbeiter zu verleiten sucht, „wider die Gesetze oder die guten Sitten" verstößt. Beides liegt aber im vorliegenden Falle nicht vor, da eine Verpflichtung zur Leistung der zehnten Arbeitsstunde nicht bestand.

Es ergibt sich demnach, daß die fristlose Entlassung des Klägers unberechtigt war. Die Klage des Klägers auf Weiterzahlung seines Lohnes war daher stattzugeben; bezüglich der Widerklage auf Feststellung, daß die am 9. August 1927 erfolgte fristlose Entlassung zu Recht bestehe, mußte Abweisung erfolgen. Da eine Verpflichtung zur Leistung der zehnten Arbeitsstunde nicht bestand, beurteilt sich seine Aufforderung als Wahrnehmung berechtigter Interessen. Auf Grund dieser Sachlage rechtfertigt sich daher der dringende Verdacht, daß in der Kündigung eine Maßregelung des Klägers wegen Wahrnehmung seiner Betriebsaufgaben zu erblicken ist. Somit müßte der Antrag auf Erteilung der Zustimmung schon an der im Gesetz festgelegten negativen Schranke, die durch das Interesse der Belegschaft an Erhaltung einer unabhängigen Interessenvertretung geboten ist, scheitern. Durch Einlegung der Berufung wird die Vollstreckbarkeit dieses Urteils nicht gehemmt.

Allgemeines.

Es ist ein altes Gesetz der Geschichte! Klassen gehen unter durch dasselbe, was sie zur Herrschaft gebracht hat. Es ist die Entwicklung der Teilung der Arbeit, welche die europäische Bourgeoisie zur Herrschaft gebracht hat, und es ist hundert Jahre her, daß der Schotte Fergusson in zwei Zeilen den Grund angibt, welcher aus derselben Teilung der Arbeit den Untergang der europäischen Bourgeoisie bewirken mußte, den geistigen Untergang, welcher die Ursache ihres politischen und der Vorläufer ihres sozialen Unterganges ist: „Und das Denken selbst, in diesem Zeitalter der Teilung der Arbeit, mag zu einem besonderen Handwerk werden!"

(Lassalle, Klassenaufstieg — Klassenuntergang.)

Glänzende Rentabilität der Forstbetriebe.

Im Braunschweiger „Volksfreund" Nr. 202 wird über die finanziellen Erträgnisse der braunschweigischen Staatsforsten berichtet. Sie brachten der Staatskasse folgende Reinerträge: Im Jahre 1924 2 493 886,56 M., im Jahre 1925 3 032 820,24 M., im Jahre 1926 2 836 810 M., zusammen 8 363 516,80 M. Der Staatshaushaltsplan für 1927 sieht einen Ueberschuß von 2 075 300 M. vor. Die größten Ueberschüsse werfen die Fichtenwaldungen ab. Die Laubwaldungen folgen erst in sehr großem Abstande. Ein Hektar Fichtenwald erbringt in 100 Jahren unter Zugrundelegung der jetzt geltenden Holzpreise 11 250 M., während ein Buchenwald von gleicher Größe in 120 Jahren nur 6400 M. erbringt. Der Berichterstatter meint von den Einnahmen der braunschweigischen Staatsforsten, daß sie in den letzten Jahren fast immer größer gewesen seien als beispielsweise die Erträgnisse der gesamten Landesgrundsteuer, und daß sie das Rückgrat der Staatsfinanzen sind.

Nach diesen Angaben stellt ein Forstbetrieb heutzutage ein sehr einträgliches Geschäft dar. Er bringt Reinerträge, die in anderen Betriebsunternehmungen erst gesucht werden wollen. Befremdend, ja lächerlich wirkt angesichts dieser Tatsache die Bezahlung der menschlichen Arbeitskraft im Forstbetrieb. Sie ist so gering, daß die Waldarbeiter neben den Landarbeitern als die am schlechtesten bezahlte Berufsgruppe anzusehen sind. Soweit Braunschweig in Frage kommt, reichte die sozialte Einsicht der braunschweigischen Regierung nicht einmal so weit, daß sie den Waldarbeitern, so wie in vielen anderen Freistaaten, eine kleine Weihnachtsbeihilfe auszahlte.

Man wird in den Parlamenten bei zukünftigen Unterhaltungen über die Rechnungsabschlüsse für die Staatsforsten an dieses Problem besonders zu denken haben.

Kommunisten und antimilitaristische Agitation.

Die „Krasnaja Gazeta" vom 2. September enthält eine Besprechung der Novelle von S. Malaschkin „Die Memoiren des Ananij Schmurkin", die die Schrecken des imperialistischen Blutbades schildert.

In der Besprechung wird darauf hingewiesen, daß der allgemeine Eindruck dieser „Memoiren" auf den jungkommunistischen, insbesondere auf den bäuerlichen Leser ein „schädlicher, zersetzender, pazifistischer sein müsse und daß den geschilderten Schrecken des imperialistischen Blutbades die Idee, die für die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Imperialismus spricht, entgegengestellt werden müsse."

Demnach dürfte, nach der Ansicht des kommunistischen Blattes, die Agitation gegen den imperialistischen Krieg eine „schädliche, zersetzende und pazifistische Wirkung auf den Leser" ausüben.

Die Kommunisten waren immer Gegner des imperialistischen Krieges — der anderen.

Eine einmalige Gelegenheit!

„Das Gesundheitsbuch der Frau".

Von Professor Alfred Grotjahn.

Ord. Professor der Hygiene an der Universität Berlin.

Statt 4,50 M. nur 1,20 M.

Der geringe Preis und der hohe Wert des Buches sollte jeden Kollegen veranlassen, dasselbe in den Hausschatz einzustellen.

Zu beziehen durch die

Verlagsanstalt „Courier"

des Deutschen Verkehrsbundes, G. m. b. H.

Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 4.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhold Lungmus, Berlin SO.
Verlagsanstalt „Courier", G. m. b. H., Berlin SO.
Druck: Maurer & Dimmick, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.